

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner
Rat

An die
Vorsitzende des
Jugendhilfeausschusses
Frau Carola Blum

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 28.05.2008

AN/1118/2008

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Jugendhilfeausschuss	17.06.2008

Mehr Spiel- und Freizeitflächen für Kinder und Jugendliche

Sehr geehrte Frau Blum,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17. Juni 2008 zu setzen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung – insbesondere auch als Konsequenz für die geplante Umsetzung des Bürgerhaushalts im Doppelhaushalt 2008 / 2009 - ein umfangreiches Programm zur Attraktivierung der Spiel- und Freizeitflächen für Kinder in Köln zu erarbeiten und unter Beteiligung der Bezirksvertretungen umzusetzen. Das gesamtstädtische Konzept soll eine Prioritätensetzung sowie eine Kostendarstellung möglicher Maßnahmen enthalten.

Im Rahmen eines zu entwickelnden Gesamtplans für Maßnahmen im öffentlichen Raum müssen folgende Zielsetzungen erreicht werden:

- Erstellung eines aktuellen Spielplatzbedarfsplans
- Realisierung attraktiver Spielflächen in neu erschlossenen Wohngebieten
- Schaffung innovativer Spielmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche
- Neuanschaffung wie Ersatzbeschaffung von defekten Spielgeräten auf Kinderspielplätzen

- Ausbau der Unterstützung für ehrenamtliche Spielplatzpatinnen und -paten
- Neuauflage des Programms „Schulhöfe als Spielhöfe“

Zudem ist zu prüfen, inwieweit die Zuständigkeit zum Erhalt und zur Pflege der Spielflächen verwaltungsintern optimiert werden kann.

Begründung:

Auf Antrag von SPD und Grünen beschloss der Jugendhilfeausschuss im Dezember 2007 die Prüfung, welche organisatorischen, personellen, räumlichen wie finanziellen Voraussetzungen für eine Attraktivierung von Spiel- und Freizeitflächen für Kinder zur Verfügung stehen bzw. zur Erreichung der oben genannten Ziele notwendig sind. Diesem Auftrag kam die Verwaltung im Januar des Jahres nach und legte dem Ausschuss eine ausführliche Bewertung vor. Bezüglich der Umsetzung zukünftiger Investitionen wurde jedoch auf die fehlenden finanziellen Mittel verwiesen. Seit dem Ratsbeschluss 1992 zur Sanierung schwermetallbelasteter Spielplätze wurden kaum Neuanlagen realisiert.

Die Bestenliste aus dem Bereichen Sport und Grünflächen im Bürgerhaushalt unterstreicht den Handlungsbedarf. Herausragende Themenschwerpunkte waren die Restaurierung von Bolzplätzen, die Sanierung von Spielplätzen sowie der Austausch maroder Spielgeräte.

Als Ergebnis der Beratungen zum Bürgerhaushalt schlägt der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grünflächen dem Jugendhilfeausschuss, Finanzausschuss und dem Rat vor, Mittel für „gewünschte Generalsanierungen sowie die Neuanlage von Spielplätzen“ im Hpl 2008/2009 vorzusehen. Die Antragsteller wollen dies aufgreifen. So sollen Mittel für Ersatzbeschaffung und Neuausstattung in den nächsten Haushaltsjahren eingestellt werden.

Diese Mittel sollen schnelles Handeln wie auch eine Unterstützung potentieller Spenderinnen und Spender ermöglichen. Nicht zuletzt durch kleine finanzielle Zuschüsse für Spielplatzfeste und -aktionen konnten häufig zusätzliche Spendeneinnahmen erzielt werden.

Es gilt, die Kölner Angebotsstruktur weiterzuentwickeln und schon bestehende Angebote auszuweiten. Jugendliche brauchen in unserer Stadt Platz. Es fehlen geeignete Aufenthaltsflächen, die auch eine sportliche Bewegung der Kinder und damit die Gesundheitsprävention fördern.

Schon vor etwa 15 Jahren beschloss der Jugendhilfeausschuss die Öffnung der Schulhöfe als Spielplätze. Leider ohne dauerhaftes positives Ergebnis. Die damalige probeweise Umsetzung in den Stadtbezirken scheiterte nicht nur an den unterschiedlichen Schulinteressen und einer fehlenden Aufsicht, sondern auch am Mangel stabiler Sport- und Spielgeräte. Der Ganztagsbetrieb an vielen Schulen stellt eine neue Herausforderung an alle Beteiligten dar und ermöglicht eine neue Bewertung dieser Forderung. Gerade in dicht besiedelten Wohngebieten lassen sich somit zusätzliche Raumressourcen erschließen. Die Gestaltung sollte unter Beteiligung der Schülerinnen und Schüler erfolgen. Die Schulhöfe können als öffentliche Begegnungs- und Spielorte genutzt werden.

Darüber hinaus muss überlegt werden, ob die Pflege der Spielplätze und der Erhalt der Geräte zukünftig nicht optimiert werden können. Die Zuständigkeiten der beteiligten Ämter sind verwaltungsintern klar abzugrenzen und festzulegen. Beispielsweise wurden in der Vergan-

genheit defekte Spielgeräte leider oft vorschnell abgebaut, obgleich eine Reparatur und der Erhalt wirtschaftlich notwendig und sinnvoller gewesen wären.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Michael Zimmermann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Jörg Frank
Fraktionsgeschäftsführer Bündnis 90/Die Grünen